

Bewerbung als Delegierte*r für den Bundesparteitag Thies Wilkening, Kreisverband Stormarn

Liebe Genoss*innen,

ich bin ziemlich sicher, dass die Wahlergebnisse unserer Partei wieder besser werden und es im Bundestag auch nach 2025 eine Linksfraktion geben wird. Der Krieg und die „Zeitenwende“ zurück zu Aufrüstung und Militarismus können die Krisen, die der Kapitalismus mit sich bringt nicht dauerhaft überdecken. Wachsende Ungleichheit, Inflation, Armut und Klimakrise werden dazu führen, dass wieder mehr Menschen die herrschende Politik und manche auch den Kapitalismus hinterfragen und DIE LINKE wählen. Offen ist allerdings, was für eine Partei sie dann sein wird. Darüber entscheiden die kommenden Bundesparteitage maßgeblich mit. Ich würde meine Stimme als Delegierter einsetzen, um klare sozialistische Positionen zu erhalten und zu stärken.



Ich bin seit 2007 in der LINKEN, weil wir eine Partei brauchen, die für die Interessen der Arbeiter*innenklasse eintritt, also all jener, die keine großen Vermögen und keine Betriebe besitzen. Das bedeutet, Forderungen nach besseren Löhnen, höheren Sozialleistungen und bezahlbaren Mieten zu stellen, also die „soziale Frage“ zu behandeln – ohne sie gegen Fragen von Diskriminierung gegen migrantische, queere oder andere Teile der Klasse auszuspielen. Das Ziel muss sein „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, wie Marx es formulierte – und das geht nur, wenn wir den Kapitalismus überwinden.

Das ist ein langer Weg, und wir kommen dem Ziel nicht näher indem wir uns an SPD und Grüne anpassen und unsere Positionen aufgeben, in der Hoffnung, dass sie uns mitregieren lassen. Regierungsbeteiligungen wie in Berlin sollten ein warnendes Beispiel sein: Dort hat ein Senat, an dem wir beteiligt waren Anfang der 2000er massenhaft Wohnungen privatisiert. Jetzt sind wir dort Teil einer Koalition, die die Umsetzung des Volksentscheids für die Enteignung der Immobilienkonzerne verhindert.

Unsere Aufgabe als Sozialist*innen ist, gegen jeden Imperialismus und jeden imperialistischen Krieg zu stehen. Wir dürfen weder das russische oder chinesische Regime unterstützen, noch im Namen der Verteidigung der Ukraine unsere Ablehnung des deutschen und US-Imperialismus aufgeben. Deshalb bin ich für die Beibehaltung unserer Positionen zu NATO, Bundeswehr und Waffenexporten. Für die Ukraine muss die Forderung sein: Waffenstillstand, Rückzug der russischen Truppen auf die bisherigen Grenzen, keine Annexionen.